

31.08.2016

Kleine Anfrage 5088

des Abgeordneten Gregor Golland CDU

BDK: „Die Anstrengungen, die der Kripo auferlegt werden, haben das Maß des Zumutbaren überschritten.“

Anfang August hat sich zunächst der Bezirksverband Aachen des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) hilfesuchend an die Mitglieder des Landtages gewandt (Der offene Brief wird auch der Landesregierung vorliegen.). Der BDK kritisiert in dem Schreiben die dünne Personaldecke, den Personalabbau und den Krankenstand sowie die Arbeitsmittel, fehlende Ressourcen bzw. die Polizeiarbeit hemmende Gesetzgebung.

„Wenn sich an der derzeitigen Situation nichts ändert und nicht nach gemeinsamen Lösungen gesucht wird, werden die Kriminalbeamten in der Zukunft nicht mehr in der Lage sein, ihre Aufgaben zu erfüllen“, schreibt der Vorsitzende des BDK BV Aachen. Die BDK-Vertreter bezeichnen die Personalpolitik der Landesregierung als Mogelpackung:

Die freiwillige Arbeitszeitverlängerung wird demnach kaum angenommen. Die Frühpensionierungen nehmen jedoch aufgrund des zunehmenden Stresses zu. Die versprochenen Verwaltungskräfte sind noch nicht eingestellt. Da diese Kräfte nur auf zwei Jahre befristet eingestellt werden, bleibt fraglich ob man überhaupt geeignetes Personal findet. Die Planstellenerweiterung kommt erst nach Jahren zum Tragen, weil die Beamten erst ausgebildet werden müssen.

Unterstützung erhält der BV Aachen durch die Kollegen aus Duisburg: „Wenn Kriminalität in all ihren Erscheinungsformen nicht mehr bekämpft werden kann, dann senden wir die falschen Botschaften an diejenigen, die sich außerhalb des Gesetzes stellen.“

Und weiter heißt es: „Gerade bei Straftaten der Massenkriminalität, wie z.B. bei Taschen- oder Fahrraddiebstählen, gibt es so gut wie keine Ermittlungsarbeit mehr. Wird der Täter nicht gesehen, so werden die Verfahren zur Einstellung der Staatsanwaltschaft übersandt. Dies ist die einzige Möglichkeit mit dem zur Verfügung stehenden Personal überhaupt noch die Funktionsfähigkeit der Dienststellen, die Massenkriminalität bearbeiten, aufrecht zu erhalten. Aber nicht nur in diesen Dienststellen geht die Kripo auf dem Zahnfleisch: Wohnungseinbrüche, Häusliche Gewalt, Herausforderungen durch Rocker- und Bandenkriminalität, Problemfelder

Datum des Originals: 25.08.2016/Ausgegeben: 31.08.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

des Islamismus, etc. fordern die Kripo täglich intensiv. Zusatzbelastungen durch Fußballeinsätze, Politische Demonstrationen sowie viele andere Sondereinsätze verkürzen nicht nur die für die eigene Ermittlungsarbeit zur Verfügung stehenden Zeitfenster, sondern greifen auch die Gesundheit nicht weniger Kripobeamter an, gerade wenn diese, wie es häufig der Fall ist, schon deutlich über 50 Jahre alt sind.“ (Vgl.: <https://www.bdk.de/lv/nordrhein-westfalen/bv/duisburg/umdenken-zwingend-erforderlich>)

Die von beiden Bezirksverbänden des BDK angesprochenen Defizite habe ich schon mehrfach gegenüber der Landesregierung thematisiert und Besserungen eingefordert. Unter anderem auch zur Gesundheitsfürsorge bei der Polizei in NRW (vgl.: KA 3138 Drucksache 16/8170). Auch habe ich schon mehrfach die Personalplanung kritisiert. In der Tat handelt es sich auch meiner Einschätzung nach bei der befristeten Neueinstellung von Tarifbeschäftigten um eine Mogelpackung, die zu keiner nachhaltigen Entlastung führen wird (vgl. z.B. Drucksache 16/12056).

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele zusätzliche Tarifbeschäftigte wurden bisher im Rahmen des Nachtragshaushalts 2016 mit welcher Befristung eingestellt? (Bitte auflisten nach Behörde, Anzahl der geplanten Neueinstellungen, tatsächliche Neueinstellungen und Befristungen.)
2. Was erwidert die Landesregierung auf den Hilferuf des BDK, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Beamten die Ermittlungsarbeit nicht mehr bewältigen können?
3. Was unternimmt die Landesregierung konkret gegen den vom BDK prognostizierten Abbau von 5 % der Kriminalbeamten im PP Aachen?
4. Wie ist das Verhältnis zwischen freiwilliger Arbeitszeitverlängerung und Pensionierungen bei der Polizei seit 2010? (Bitte für alle Polizeibehörden einzeln auflisten: Jährliche Anzahl an Frühpensionierungen, jährliche Anzahl „normaler“ Pensionierungen und jährliche Anzahl von Arbeitszeitverlängerungen.)
5. Wie hoch ist der jährliche Krankenstand in jeder Kreispolizeibehörde sowie dem LKA, dem LZPD und dem LAFP seit dem Jahr 2014? (Bitte nach den einzelnen Behörden und den Jahren auflisten.)

Gregor Golland